

Artikel vom 30.06.2017

Bund folgt bayerischer Initiative

## „Höhere Strafen für Einbrecher“



Einbrecher

Der Bundestag ist einer bayerischen Initiative gefolgt und hat härtere Gesetze zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität beschlossen. Laut dem neuen Gesetz wird jeder Einbruch in eine Privatwohnung mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft. Zudem darf die Polizei mit einem richterlichen Beschluss Verkehrsdaten von Mobiltelefonen auswerten.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat sich für die Änderungen stark gemacht und zeigte sich erfreut über den Beschluss des Bundestages: „Höhere Strafen und wirksamere polizeiliche Befugnisse schaffen mehr Sicherheit in Deutschland. Die Bayerische Staatsregierung hat sich daher bereits mit ihrem im Juli 2016 beschlossenen Konzept „Sicherheit durch Stärke“ dafür eingesetzt, Wohnungseinbrecher bundesweit noch konsequenter zu bekämpfen. Endlich hat auch die SPD erkannt, dass hier Handlungsbedarf auf Bundesebene besteht.“

Herrmann verwies darauf, dass Bayern bei der Einbruchskriminalität bundesweit die besten Eckdaten vorweisen kann. Mit 58 Einbrüchen pro 100.000 Einwohner ist das Einbruchrisiko in Bayern deutschlandweit am niedrigsten. Bundesweit ist das Risiko mehr als dreimal so hoch (184). Herrmann führt das positive Abschneiden des Freistaats auf die gute Personalausstattung der Polizei und die Schleierfahndung zurück. „Wir haben mit unseren konsequenten Schleierfahndungskontrollen in Bayern bereits unzählige Einbrecher erfolgreich aus dem Verkehr gezogen“, so Herrmann, der ergänzte: „Mittlerweile wissen Einbrecher, dass Bayern kein gutes

Pflaster für sie ist".